

2x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

Komitee gegen die extremen Agrarinitiativen

Medienkonferenz des nationalen Komitees gegen die extremen Agrarinitiativen vom 9. März 2021

Die Realität würde uns einholen

Referat FDP-Ständerat Damian Müller, Präsident Vereinigung Schweizerischer Futtermittelfabrikanten

Ich trage heute zwei Hüte. Einerseits vertrete ich die FDP. Die Liberalen. Andererseits rede ich für die Futtermittelbranche, auf eine Branche, die zwar nicht so sehr im Vordergrund steht, die aber für die Landwirtschaft von eminenter Bedeutung ist, speziell für die Viehwirtschaft.

Zuerst zum Hut FDP. Die Mitglieder unserer Partei vertrauen den Mechanismen des Marktes – auch wenn dieser gewisse Rahmenbedingungen braucht, damit er optimal funktionieren kann. Wir sind überzeugt, dass ein Unternehmen oder eine Branche nur dann nachhaltig erfolgreich sein kann, wenn Angebot und Nachfrage stimmen. Bereits heute steht uns in unserem Land ein komplettes Angebot an Bio-Lebensmittel zur Verfügung, Lebensmittel also, die besonders nachhaltig produziert worden sind. Je mehr Menschen diese Angebote nützen, also nachhaltig essen und nachhaltig einkaufen, desto mehr Bauernbetriebe können ihre Produktion umstellen. Und das tun diese auch, denn die höheren Produktionskosten sind nicht nur gedeckt, sie erzielen auch eine höhere Wertschöpfung.

Wenn wir das Angebot politisch so steuern, wie das speziell die Pestizidfrei-Initiative will, dann gäbe es keine Wahlfreiheit mehr. In unseren Läden hätte es nur noch die teureren, weil nachhaltigen Produkte. Die Folge ist klar: Es würden noch mehr Leute ins Ausland pilgern, um sich dort mit Fleisch und Gemüse einzudecken, mit denen unsere einheimischen Produkte preislich nicht mehr konkurrenzieren können. Und wenn sie schon im grenznahen Ausland sind, dann decken sie sich nicht nur mit Lebensmitteln ein. Leidtragende dieses Wettbewerbsnachteils wären somit nicht nur die Bauern, sondern sämtliche Detailhändler.

Diese Initiative bringt aber weitere Probleme mit sich. Denn die geforderten Auflagen sind ein klarer Verstoß gegen unsere WTO-Verpflichtungen. Letztlich bliebe uns nur entweder der Austritt aus der Welthandelsorganisation mit Angebotsdiktat und Einkaufstourismus, dafür einem klaren Nutzen für die Umwelt. Oder die einseitige Umsetzung nur für die Schweizer Produktion mit Verdrängung der einheimischen Rohstoffe und Landwirtschaftsbetriebe vom Markt und Erhöhung unseres ökologischen Fussabdruckes im Ausland. Eine Wahl also zwischen Pest und Cholera.

Und nun ziehe ich den Futtermittelhut an und äussere mich noch zur Trinkwasserinitiative, welche ja den Betrieben betriebseigenes Futter vorschreiben will. Wenn diese Initiative angenommen wird, ist es mit dem Futtermittelhandel in der Schweiz vorbei. Vor allem aber wäre es ein grosses Problem für die allermeisten Betriebe mit Hühnern oder Schweinen. Diese bräuchten nämlich enorme Ackerlandflächen, um die Versorgung ihrer Tiere mit Futter zu gewährleisten und die Auflagen für den Erhalt der Trinkwasserinitiative einzuhalten. Das wäre eine praktisch unüberwindbare Hürde. Natürlich könnten sie auf Direktzahlungen und alle damit verbundenen Auflagen verzichten. Oder die Produktion mit entsprechenden Zusatzimporten einstellen.

Es fällt mir schwer, darin einen Mehrwert zu erkennen. Weder für das Trinkwasser noch für die Umwelt generell. Und schon gar nicht für die bestehenden Betriebe. Deshalb ist für mich klar: Zwei Mal Nein zu diesen realitätsverneinenden Initiativen, die am Schluss vor allem viel Schaden anrichten. Wir haben ja die Antworten für mehr Nachhaltigkeit und die Lösungen sind aufgegleist, wie Gerhard Pfister bereits erwähnte.